



## Drosten wählt den Bundespräsidenten

Am 13. Februar 2022 findet die Wahl des Bundespräsidenten statt. Amtsinhaber **Frank-Walter Steinmeier** hat signalisiert, dass er für eine zweite Amtszeit zur Verfügung stehe. Da die Ampel-Fraktionen über die Mehrheit verfügen, könnte die Wiederwahl Steinmeiers klappen.

Gewählt wird der Bundespräsident durch die Bundesversammlung. „Die Bundesversammlung ist ein nichtständiges Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland, dessen einzige Aufgabe in der Wahl des Bundespräsidenten besteht. Sie setzt sich zusammen aus allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages und ebenso vielen von den Volksvertretungen der deutschen Länder gewählten Wahlleuten.“

Der Bundestag besteht derzeit aus 736 Mitgliedern. Mit dem Zuwachs der Zahl der Bundestagsabgeordneten steigt also auch die Zahl der Wahlleute. Insgesamt dürfen also 1.472 Bürgerinnen und Bürger den Bundespräsidenten wählen. Es gilt jeher als schick, wenn die Parteien prominente Persönlichkeiten benennen, die auf ihrem Ticket mitwählen dürfen, wobei sie natürlich an keine Vorgabe gebunden sind.

„Aus dem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern sollen die Sänger **Roland Kaiser** und **Dirk Zöllner** in die Bundesversammlung berufen werden. Kaiser wird dem Vernehmen nach von der SPD-Landtagsfraktion nominiert, die Linke schickt Zöllner ins Rennen. Die CDU-Fraktion will die ehemalige Bundeskanzlerin **Angela Merkel** benennen. Man wolle sich damit „auch ein klein wenig bedanken, für das, was sie für das Land getan hat“. Quelle: Berliner Zeitung

Es ist kaum vorstellbar, dass Frau Merkel dieses Angebot annimmt. Die Berliner Grünen haben **Christian Drosten** nominiert. Und auch ihm kann man nur raten, dieses vergiftete Angebot nicht anzunehmen. Mehr als von anderen Berufsgruppen erwarte ich bei einem Arzt strikte Neutralität nach außen. Es ist durchsichtig, dass sich die Grünen mit Drosten schmücken wollen. Es ist aber zu spät, denn, die Fraktionsvorsitzenden **Antje Kapek** und **Silke Gebel** haben bereits mitgeteilt: „Wir sind Christian Drosten sehr dankbar, dass er seit bald zwei Jahren den Menschen das Coronavirus erklärt, und freuen uns, dass er unsere Einladung in die Bundesversammlung angenommen hat. Politik ist auf die Wissenschaft angewiesen, um evidenzbasierte Entschei-

dungen zu treffen. Mit der Entsendung Drostens wollen wir auch ein Zeichen setzen gegen die verleumderischen Angriffe auf Wissenschaftler\*innen.“ Da gäbe es andere Möglichkeiten, Zeichen zu setzen. Die Vereinnahmung des bedeutendsten Virologen durch eine Partei in Pandemiezeiten ist das falsche Zeichen.

Nicht für die Bundesversammlung, sondern für den **Berliner Senat** werden immer mehr Namen genannt. Die Ressortverteilung in Berlin soll wie folgt aussehen:

### SPD

Regierende Bürgermeisterin  
Kandidatin: **Franziska Giffey**  
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

### NN

Bildung, Jugend und Familie

### NN

Inneres, Sport

### NN

Digitalisierung und Wirtschaft, Energie und Betriebe

### NN

**Franziska Giffey** will einen Tag vor ihrer Wahl am 21. Dezember 2021 die Namen der SPD-Senatsriege bekanntgeben.

### Bündnis 90 / Die Grünen

Finanzen

Kandidat: **Daniel Wesener**

Umwelt, Verkehr, Klima- u. Verbraucherschutz

Kandidatin: **Bettina Jarasch**

Gesundheit und Wissenschaft

Kandidatin: **Ulrike Gote**

### Die Linke

Kultur und Europa

Kandidat: **Klaus Lederer**

Integration, Arbeit und Soziales

Kandidatin: **Katja Kipping**

Justiz und Antidiskriminierung

Kandidatin: **Lena Kreck**

Durch die späte Bekanntgabe der SPD-Senatsmitglieder bleibt diesen das erspart, was jetzt über die Namen der Grünen und Linken gesagt wird. So schreibt CDU-Generalsekretär **Stefan Evers** in seinem Newsletter: „Große Überraschung: Die Kurzzeit-Gesundheitsdezernentin der kreisfreien Stadt Kassel soll künftig als Senatorin für die Pandemie-Bekämpfung in der Hauptstadt zuständig sein. Berühmt wurde **Ulrike Gote** an ihrer bisherigen Wirkungsstätte für die entschiedene Ablehnung von Luftfiltern an Schulen. Diese seien eine ‚Gefahr für



Kinder` - viel besser sei es, für die Gesundheit zu frieren. Impfkationen an sozialen Brennpunkten lehnte sie zunächst auch ab, um keine ‚Stadtteile zu stigmatisieren`.“

Evers weiter: „Verkehrspolitik bleibt derweil grüne Glaubenssache: Mit **Bettina Jarasch** soll die bisherige religionspolitische Sprecherin der Grünen die Nachfolge der gescheiterten Senatorin Günther antreten. Nun denn. Im Wahlkampf hat sie klar gemacht, worum es ihr geht: ‚Mehr Bullerbü in der Hauptstadt!'. Die Stadtautobahn würde sie am liebsten zum Radweg zurückbauen, die Pläne von CDU (und SPD) zum U-Bahn-Ausbau lehnt sie ab. Das spricht für eine gewisse Kiezblock-Mentalität. Wir dürfen uns also auch künftig auf ein hartes Ringen um eine sozialverträgliche Verkehrswende einstellen.“

Der Tagesspiegel Newsletter „Checkpoint“ beschäftigt sich mit der neuen Justizsenatorin **Lena Kreck**. „Der Landesvorstand der Berliner Linken hat Prof. Dr. **Lena Kreck** als neue Justizsenatorin vorgeschlagen. Die Volljuristin hat derzeit die Professur ‚Recht und Gesellschaft‘ an der Evangelischen Hochschule inne, war bereits in der Beratung für LGBTI\*-Geflüchtete tätig – und sorgte im vergangenen Jahr (ungewollt) für einen größeren Aufreger im Berliner Abgeordnetenhaus: Nachdem die Linken Kreck für einen der frei gewordenen Richter:innenposten am Berliner Verfassungsgerichtshof nominiert hatten, scheiterte sie im Parlament – mutmaßlich durch fehlende Stimmen der CDU – an der notwendigen Zweidrittelmehrheit (die eigentlich reine Formsache ist). Jetzt scheint sie zurück. ‚Sie wird in dem für uns neuen Ressort eine linke Handschrift mit einer fortschrittlichen Rechtspolitik und einer menschenrechtsorientierten Politik für eine offene Gesellschaft deutlich machen‘, kommentiert Berlins Linken-Chefin **Katina Schubert**. Einzige Hürde: Noch müssen die eigenen Parteimitglieder der Koalition zustimmen.“

Warten wir also auf die Bescherung am 21. Dezember, wenn der neue Senat seine Arbeit aufnimmt. **Bettina Jarasch** und **Klaus Lederer** werden zusätzlich Bürgermeister, also Stellvertreter der Regierenden Bürgermeisterin. Das sind gut bezahlte Zusatzaktivitäten mit einem Zweitbüro im Roten Rathaus. Jarasch und Lederer werden aber wohl kaum Gelegenheit haben, die Chefin zu vertreten. Denn, Giffey hat viel Zeit, übernimmt sie doch kein zusätzliches Ressort, was ihre Vorgänger mit Freude taten. Giffey versteht sich offenbar lediglich als Koordinatorin. Es ist bequem und angenehm, wenn man keine Ressortzuständigkeit hat und vielleicht noch Fragen

im Abgeordnetenhaus beantworten müsste. Man soll sich das Leben ja schließlich nicht schwerer machen als es ist.

**Ed Koch**